

Die Graphische Presse

Organ für die Interessen der Lithographen, Chemigraphen, Stein-, Licht-, Kupfer-, Noten-, Wachstuch- und Tapetendrucker und verwandte Berufe
Organ des Vereins der Lithographen, Steindrucker und Berufsgenossen. Publikations-Organ des Deutschen Senefelder-Bundes und der ausserdeutschen Berufs-Vereine.

Abonnement.	Redaktion:	Insertion.
Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Ztg.-Katalog No. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins Mk. 1,25.	M. Obler, Leipzig-Sellerhausen, Wurzenerstr. 121. Verlag: Otto Sillier, Berlin. Druck und Expedition: Conrad Müller, Schenkenditz. Redaktionsschluss: Dienstag.	Für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum 30 Pf., bei Wiederholung Rabatt. Für Abonnenten unter Beibringung des Abonnementquittung, sowie Vereinsanzeigen 15 Pf. Beilagen nach Uebereinkunft.

Bekanntmachungen.

Telegramm. Düsseldorf (Chemigraphen), Infolge Massregelung in Firma L. Schwann ist Zutzug fern zu halten.

Tariffbewegung der Chemigraphen.

Lübeck. Mit Einführung des Tarifes wurde in Firma Coleman die Arbeitszeit von 9 auf 8½ Stunden verkürzt und der tarifmässige Zuschuss für Ueberstunden eingeführt. Alles andre bestand schon.

In verschiedenen Firmen wird zur Zeit »Keramischer Druck« eingeführt, allgemein besteht in den jetzt bestehenden Firmen mit »Keramischem Druck« für Lithographen die acht- und für Steindrucker die neunstündige Arbeitszeit. Einzelne Firmen, welche mit dieser Neueinrichtung umgehen, haben aber längere Arbeitszeit, so auch die Neuroder Kunstanstalt. Wir ersuchen alle unsere Kollegen, bei Stellungswechsel auf keramischen Druck an der achtstündigen Arbeitszeit für Lithographen und der neunstündigen für Steindrucker unbedingt festzuhalten.

Nürnberg. Achtung Lichtdrucker! Vor Stellungnahme nach hier ist unbedingt zuerst Erkundigung einzuziehen. In Firma Ritter & Klöden, Kunstanstalt, Nürnberg wurden in 7 Wochen 5 Kollegen ohne jeden Grund gekündigt.

Hannover-Lithographen. Erkundigung einzuziehen. Wasserkampf & Robi. (Hannov. Buch- und Steindruck-Werke). — Ebenso bei Stellungnahme Erkundigungen einzuziehen. Fa. Pokrantz (früher Klindwort & Winkelströtter).

Gesperrt für Lithographen u. Steindrucker:
Firma Hugo Grobden, Solingen.
Firma K. Schnabel, Ludwigsburg.
Firma Geissendörfer, Karlsruhe.
Firma Ernst Rennert, Aussig.
Firma Obchodni Zalozna, Blechemballage-Fabrik und Firma Böhm, Prag-Karolinenthal-Böhmen.
Firma Grün, Kolding (Dänemark).
Firma Weingartner, Wien, für Chemigraphen.

Vor Stellungnahme sind stets Erkundigungen einzuziehen; besonders nach:
Bielefeld, Cassel, Darmstadt, Duisburg, Düsseldorf, Emmerich, Frankfurt a. M.-Lichtdr., Hamburg-Altona, Heilbronn, Hannover, Jena (Firma Paul Weisse), Koblenz, Köln, Kötzschenbroda (Chemigr.), Kiel, Lichtenberg (Oberfranken), Lüdenscheid, Meiningen, Mühlheim, Offenbach, Offenbach, Strassburg-Lichtdr. u. Lith., Wiesbaden.

Wien. In der Cigaretten-Papierfabrik Christ. Schütz, Wien, stehen die Lithographen und Steindrucker im Ausstand wegen Einführung des 9-Stundenags und Feiertagsbezahlung.

Schweiz.

Chemigraphen, Zeichner und Lichtdrucker sind ersucht, vor Stellungnahme in Genf in

keinem Falle zu versäumen bei M. Mantel, St. Pierre 17, Lausanne, nähere Informationen zu erfragen.

Streik und Boykott.

Wegen einer allgemein bevorstehenden Tariffbewegung ist über Wien die Sperre verhängt. Während der Sperre wird in Wien keine Reise-Unterstützung gezahlt. Alle jene Kollegen, welche auf Verschreibung in Wien in Kondition treten, haben zuerst bei der Organisation Erkundigungen einzuholen, widrigenfalls sie alle Konsequenzen selbst zu tragen haben. Auskünfte erteilt Karl Mühlberger, Wien XV, Clementinengasse 8.

Der Kampf in Crimmitschau beendet!

Diese Nachricht kam am 19. Januar früh der deutschen Arbeiterschaft ebenso unerwartet, wie am 18. Januar in später Abendstunde den Fabrikanten in Crimmitschau und dem grössten Teil der Ausgesperrten. Mit Recht sagte sich die Arbeiterschaft, die nicht nur mit gespannter Aufmerksamkeit den Vorgängen in Crimmitschau folgte, sondern durch eine Opferfreudigkeit, wie sie selten sich zeigte, den Kämpfenden die Mittel zur Fortführung des Kampfes sicherte, musste dieser Kampf jetzt schon abgebrochen werden. Die Unterstützungsmittel waren auf Wochen hinaus gesichert, die Zahl der Streikbrecher noch nicht so gross, um den Kampf verloren geben zu müssen. Alles sprach dafür, dem Unternehmertum, das rücksichtslos die Arbeiter und Arbeiterinnen auf das Pflaster geworfen hatte, bis zum Aeussersten Widerstand zu leisten. Trotzdem entschied sich die Lohnkommission in Gemeinschaft mit den Obleitern der Fabriken, den Kampf, anscheinend auf seinem Höhepunkt, abzubrechen.

Zunächst sei bemerkt, dass die Arbeiterschaft, die im Kampfe stand, eine vorzügliche disziplinierte, kampfgewohnte ist, dass in allen Stadien, auch in den schwierigsten Situationen nicht augenblicklich aufwallende Leidenschaft, sondern ruhige Ueberlegung und sachliche Prüfung entscheidend war bei allen Massnahmen, die getroffen wurden.

So handelte die Leitung der Ausgesperrten und diese selbst befolgten in vollem Vertrauen zur Streikleitung alles was von dieser geraten wurde. Sonst wäre es nicht möglich gewesen, unter dem Drucke des Belagerungszustandes den Kampf 21 Wochen zu führen, ohne dass der Wunsch der Scharfmacher in Erfüllung ging, die Gewaltmittel gegen die Ausgesperrten zur Anwendung bringen zu sehen, die auf das Pflaster Geworfenen zum aktiven Widerstand gegen die bewaffnete Macht zu reizen.

Ebenso ruhig und sachlich wurde beraten, als die Frage brennend wurde, ob es notwendig sei, das Ringen jetzt abzubrechen. Entscheidend waren zwei Momente. Es musste verhindert werden, dass ein allmähliches Abflauen des Kampfes eintrat, und zweitens, dass die Crimmitschauer Industrie zur Vernichtung geführt wurde. Beides stand zu befürchten, wenn die Ausgesperrten über Ende Januar hinaus Widerstand geleistet hätten.

Eine Saison hatten die Fabrikanten fahren lassen, wobei ihnen allerdings eine Reihe Momente zugute kamen, die ausserhalb ihrer Berechnung lagen. Mitte Januar musste sich entscheiden, ob die Fabrikanten auch die zweite Saison preisgeben wollten.

Alle Anzeichen sprachen dafür, dass dies geschehen würde. Die Herren haben sich anscheinend durch die versprochene Unterstützung der grössten Unternehmerorganisation blenden lassen, ohne sich dessen bewusst zu werden, dass diese Unterstützung sie wohl momentan für den Ausfall der Produktion

zu entschädigen, nicht aber davor zu bewahren vermag, dass ihnen das Absatzgebiet verschlossen wird und sie somit zum Ruin getrieben werden. Soweit Berechnungen und Kalkulationen möglich, war mit dem Preisgeben der zweiten Saison die Crimmitschauer Textilindustrie vernichtet, die Blüte des Gemeinwesens zerstört. Wohl, wollten die Fabrikanten es nicht anders, so hätte man sie ihrem selbstbereiteten Schicksal überlassen können. Mit ihrem Fall aber wären tausende Familien gezwungen gewesen, aus dem Orte auszuwandern. So hatte die Arbeiterschaft Crimmitschau zu entscheiden, ob das Gemeinwesen zerstört, ein Industriepfand ersten Ranges, als solcher in die letzte Stelle gereiht werden sollte. Sie hatte zu entscheiden, ob Massen von Arbeitern aus dem Heimatsorte hinausgetrieben werden sollten. Mag auch die heimatliche Scholle noch so kümmerlich sein, so hängt doch der Arbeiter an ihr, hoffend, durch seine Kraft die schlimmsten Uebel leichter dort, als in der Fremde beseitigen zu können. Hier aber handelte es sich um viele Arbeiter und Arbeiterinnen, die, in sehr hohem Lebensalter stehend, an keinem anderen Orte Arbeit gefunden hätten, deren Lebensabend, dank dem Terrorismus des Unternehmertums, noch kümmerlicher sich gestaltet hätte, als wenn sie gegen kargen Lohn ihre Arbeitskraft bis zur letzten Lebensstunde preisgeben. So haben denn schliesslich hier wie in hundert und tausend anderen Fällen die Arbeiter gezeigt, dass sie ein grösseres Gemeininteresse haben als die Unternehmer, und mit Recht erklärte die Lohnkommission in dem Flugblatte, in welchem zur bedingungslosen Wiederaufnahme der Arbeit aufgefordert wurde:

»Der Arbeiter weiss, dass das Interesse der Stadtgemeinde Berücksichtigung erheischt. Mit seinem ganzen Sinnen und Trachten, seinem Fühlen und Denken steht er bei seinem Gemeinwesen, bei seiner Heimat. Dem gemeinsamen Wirken des gesamten werktätigen Volkes verdankt die Stadtgemeinde ihr Ansehen, ihre Blüte. Und diese Blüte, diese Grösse der Gemeinde zu erhalten, muss immer das Streben des gesamten Volkes sein. Der Arbeiter, die Arbeiterin, der Vater und die Mutter, sie können sich nur wohl fühlen in einer blühenden, nach aufwärts strebenden Zusammengehörigkeit. Kann es deshalb den 8000 Proletariern gleichgiltig sein, ob ihre Stadtgemeinde im innersten Mark erschüttert wird und schliesslich zu Grunde geht? Nein! Das Unternehmertum hat bewiesen, dass es Rücksichten auf die Allgemeinheit nicht nimmt. Es führt das Wort »Gemeininteresse« im Munde und tritt das Gemeininteresse mit Füssen. Der Arbeiter steht auf einer höheren Warte. Er kann nicht wollen, dass die Gemeinde, in der er lebt und wirkt, an der Rückständigkeit einer Kaste zu Grunde geht.«

Das war die Sprache der Arbeiter beim Abschluss eines Kampfes, der ihnen aufgezungen und von den Unternehmern zu einer Machtprobe gestempelt war! Wie anders nehmen sich die Kundgebungen der Unternehmer dagegen an. Von Gemeininteresse keine Spur, nichts als Phrasen von dem Niederwerfen der Arbeiterschaft, dem Schlag gegen die Sozialdemokratie, der Vernichtung der gewerkschaftlichen Organisation.

Das Interesse des Gemeinwesens war das Entscheidende, was die Leitung der Ausgesperrten veranlasste, diesem bedeutungsvollen Kampfe ein so tragisches Ende zu geben. Dazu kam das Bedenken, dass ein allmähliches Abbröckeln der Kämpferschar eintreten könne, dass auch die Mutigsten und Opferwilligsten schliesslich kampfesüde werden könnten, weil keine Möglichkeit vorhanden war, sich gegenseitig auszusprechen und durch die Aussprache in Versammlungen den Kampfesmut anzufeuern, den Kleinmütigen neue Kräfte zum Ausharren zu geben. Besonders bei den älteren Weibern ersetzte die Streikunterstützung, wenn sie auch in der letzten

Zeit erhöht werden konnte, nur einen Teil des Arbeitsverdienstes. In den ersten Wochen wurden nur 4 bis 9 Mk. und einschliesslich des Zuschusses für die Kinder im Höchstfalle 12 Mk. Wochenunterstützung gewährt, je nachdem es sich um Ledige oder Verheiratete, Organisierte oder Unorganisierte handelte. Dann konnte die Unterstützung um je eine Mark erhöht und in der ersten Woche des Januar nochmals die gleiche Erhöhung gewährt werden. Immer nur reichte die Unterstützung zur nächsten Fristung des Lebens zu. Wenn dann nach 21 Wochen auch alte bewährte Leute, die wiederholt schon von den Unternehmern in eine gleiche Lage gezwungen wurden, dem Drucke der Not nicht mehr zu widerstehen vermochten, so ist das begreiflich. Aber wenn auch, dank der Opferwilligkeit der deutschen Arbeiterschaft, die Unterstützung wesentlich erhöht worden wäre, was blieb schliesslich als Preis des Kampfes, wenn dieser bis zum Herbst dieses Jahres hätte fortgeführt werden müssen. Nichts anderes, als dass die alten bewährten Leute hinausgetrieben worden wären aus dem Heimatsorte, ohne an anderer Stelle ein Unterkommen finden zu können. Mit jedem neuen Arbeitswilligen blieb einer der alten Kämpfer auf der Strecke. Am 15. Januar waren nach den Feststellungen der Lohnkommission in den 79 Fabriken Crimmitschhaus 1171 Streikbrecher, darunter 460 Auswärtige und ausserdem 252 Meister, die nicht ausgesperrt waren. Nicht in allen Fabriken (die von 13 bis zu höchstens 360 Arbeiter beschäftigen) war die Zahl der Arbeitswilligen prozentual gleich. Einzelne Fabriken hatten von 100 Beschäftigten nur 4 und 5 Arbeitswillige aus dem Aussperrungsorte, andere weisen eine grössere Zahl auf, aus Ursachen, deren Erörterung sich hier erübrigt. So stand dann zu befürchten, dass auch die Treuesten kampfesmächtig würden, wenn sie sahen, dass ein Platz nach dem anderen, dank den behördlichen Massnahmen, die es hinderten, mit den Abfallenden und Zuziehenden in ausreichendem Masse verhandeln zu können, besetzt wurde. Ein allmähliches Abbröckeln war aber gleichbedeutend mit der Vernichtung der Organisation. Das aber war es, was die Unternehmer wollten. Wäre dann der Kampf nach Monaten beendet worden, so wären möglicherweise die Mittel nicht vorhanden, den Gemessregelten so lange Unterstützung zu gewähren, bis sie ein ander Unterkommen gefunden hätten. Täuschen wir uns darüber nicht, dass Kämpfe, welche auf die Leistung freiwilliger Beiträge hin geführt werden müssen, oft ein ungewolltes Ende finden, weil nach längerer Zeit die freiwillige Hilfe versagte. Heute fehlt es noch an einer Organisation, die in solchen Fällen die Garantie böte, dass bis zum letzten Augenblick für die Kämpfenden und auch für die Opfer des Kampfes gesorgt wird.

Alle diese Gründe waren es, die zu diesem ansehend jähen Abbruch des Kampfes Veranlassung gaben. In den Kreisen, welche zur Leitung berufen waren, kamen diese Gründe aber nicht erst am Tage der Entscheidung zur Geltung. Schon in den ersten Tagen des Januar fand eine Besprechung statt, in welcher erwogen wurde, ob es geraten sei, den Kampf abzubrechen, wenn mit einiger Sicherheit feststände, dass die Unternehmer auch die zweite Saison preisgeben wollen. Diese Sicherheit schien Mitte Januar gegeben. So trat denn am Sonntag, den 17. Januar, nachmittags die Lohnkommission zusammen, um sich über die Fortführung des Kampfes zu entscheiden. Fast einstimmig beschloss sie nach Prüfung aller in Betracht kommenden Fragen, den Kampf abzubrechen. Von Bedeutung war, ob nochmals mit den Unternehmern verhandelt werden solle oder bedingungslos die Arbeit aufzunehmen sei. Einstimmig wurde erklärt, dass mit diesen Unternehmern kein Verhandeln über das Streitobjekt möglich sei und dass jeder Verhandlungsversuch nur dazu führen würde, dass die Unternehmer sich darüber verständigen würden, in welcher Weise die zur Arbeit Zurückkehrenden am härtesten getroffen werden können. Abgelehnt wurde auch einstimmig der Vorschlag, bei dem Bürgermeister vorstellig zu werden, Versammlungen freizugeben, damit die Streikenden Gelegenheit hätten, über die Beendigung des Streikes zu beschliessen. Die Gewährung des Versammlungsrechtes würde nach den bisherigen Erfahrungen, die mit der Stadtverwaltung gemacht wurden, einige Tage hinausgezögert worden sein, wiederum Zeit genug für die Unternehmer, über die zu treffenden Massregeln sich von dem Zentralverband deutscher Industrieller belehren zu lassen. Die Unternehmer Crimmitschhaus sollten sich aber bei dem, was sie den zurückkehrenden Arbeitern boten, nicht hinter Beschliessen der Unternehmerorganisation verstecken können, sondern selbst die Verantwortung für ihre Handlungen tragen. Ferner aber war man sich dessen sicher, dass man in den Versammlungen, falls man sie gnädigst gewährte, nicht das zu den Aussperrten würde sagen können, was in einem Flugblatte ausgesprochen werden könnte. Nach allem, was die Behörde den Streikenden gegenüber gethan, stand zu befürchten, dass die Versammlungen der Auflösung verfallen und damit die Aussperrten an der Beschlussfassung gehindert würden. So entschloss sich die Lohnkommission, die Beendigung des Kampfes sofort nach Beschlussfassung der Obleute der Fabriken durch ein Flugblatt bekannt zu geben und bis zu diesem Moment nichts über die gefassten Beschlüsse verlauten zu lassen. Die erforderlichen Arbeiten für die Ausführung des Planes

wurden noch in der Nacht getroffen. Die Auszahlung der Unterstützung vollzog sich am Montag wie an allen früheren Tagen. Nach Schluss der Auszahlung traten die Obleute der Fabriken zusammen und die Lohnkommission berichtete über die gefassten Beschlüsse. Nur wenige Obleute sprachen sich gegen die Beendigung des Kampfes aus, mehr dem Gefühl folgend, ohne die Erwägungen zu verkenne, die den schweren Schritt notwendig erscheinen liessen. Schwer ist es allen geworden und nicht nur den Mädchen, welche als Obleute ihrer Fabrik eingetreten waren, um ältere Arbeiter vor Massregelung zu schützen und umsichtig ihres Amtes gewalttätigen hatten, sondern auch vielen im Kampfe um die Rechte der Arbeiterklasse ergrauten und abgehärteten Arbeiter; standen die heißen Thränen in den Augen, als der Beschluss gefasst wurde, bedingungslos die Arbeit wieder aufzunehmen. Nicht Sorge darum, was aus ihnen wird, die in erster Reihe von der Wut und Rache der Unternehmer getroffen werden, war es, was ihnen die Thränen abpresste, sondern das Gefühl der Empörung, durch die Gewaltmassregeln der Machthaber zu einem solchen Entschluss gezwungen zu sein.

Um 8 $\frac{1}{4}$ Uhr abends wurde der Beschluss gefasst, und nach einer halben Stunde war die Arbeiterschaft von dem Entschluss durch ein Flugblatt unterrichtet. Es durfte, bis zum letzten entscheidenden Augenblicke von den Beschlüssen der Lohnkommission nichts bekannt werden, weil nicht voraussehen war, wie die Obleute sich entscheiden würden. So kam denn auch den Aussperrten die Nachricht völlig unerwartet und bald füllten sich die Strassen und Verkehrslokalen mit Freutenden, die an der Richtigkeit der Nachricht zweifeln. Hier aber zeigte sich die Disziplin der Crimmitscher Arbeiterschaft und das Vertrauen, das sie ihren zur Leitung berufenen Genossen und Genossinnen entgegenbrachten. Auch diejenigen, welche ihre Gefühle nicht zu beherrschen vermochten und diesen laut Ausdruck gaben, sie stimmten den getroffenen Massnahmen zu, nachdem ihnen klar gelegt worden war, warum nur so, wie geschehen, gehandelt werden musste. Es gab kein Wort der Klage, auch bei jenen nicht, die wussten, dass für sie die Fabriken sich nicht wieder öffnen würden. Nur eines kam vielfach zum Ausdruck, was auch in der Sitzung der Obleute erwähnt wurde, die Frage: «Wird die deutsche Arbeiterschaft uns nicht verachten, weil wir den Kampf aufgegeben haben?» Ein alter ergrauter Obmann einer Fabrik sagte zu mir: «Ich weiss, dass ich nun aus dem Orte hinaus muss, aber schrecklicher als die Heimatlosigkeit wäre mir, wenn ich draussen von meinen Arbeitsgenossen verachtet würde, weil ich aus Crimmitschau bin. Die Not ist nicht so hart wie der Verlust der Arbeiterehre». Ihm wie vielen anderen konnte ich erklären, dass die Arbeiterschaft sie nicht verachten, sondern hochachten würde, weil sie aus Gemeininteresse und um die Organisation zu erhalten, den Kampf abgebrochen, nicht aufgegeben haben, ehe noch die Widerstandskraft gebrochen ist. Und gerade für die organisierte Arbeiterschaft ist das Beispiel, das die Crimmitschauer gegeben haben, erhehend, ein Muster von Disziplin und Ueberlegung. Eine solche Arbeiterschaft kann einmal im Kampfe unterliegen, aber sie ist nicht zu besiegen.

Gerade dieses Abbrechen des Kampfes im entscheidenden Moment sichert den Erfolg weit mehr, als ein Fortführen bis zum Weissbluten. Das wird sich denen, welche heute über die Niederlage im Kampfe im Crimmitschauer frohlocken, recht bald und recht deutlich zeigen. Aufgehoben aber nicht aufgegeben ist der Kampf um den Zehntendag und soweit durch die Aussperrung in Crimmitschau eine Einwirkung auf die gesetzgebenden Faktoren herbeigeführt werden konnte, ist sie schon heute herbeigeführt. Der Kampf war nicht vergeblich und es ist keine Ursache vorhanden, durch seinen Ausgang in pessimistische Stimmung zu geraten. Wer das, was am 18. und 19. Januar sich in Crimmitschau abspielte, gesehen hat, der weiss, dass in der Arbeiterschaft Kräfte vorhanden sind, die weder durch die gesamten staatsretterischen Mächte, noch viel weniger durch einen für die Arbeiter unglücklich verlaufenen Kampf gebrochen werden können.

Kein Klagen und Zagen, weder bei den Alten, die nach 40jähriger Thätigkeit in ein und derselben Fabrik am Dienstag von den Fabrikanten, denen sie ihre ganze Lebenskraft geopfert haben, mit der lakonischen Bemerkung abgewiesen wurden «Ihr Stuhl ist besetzt», noch bei den Jungen und am wenigsten bei den Frauen und Mädchen, die vielfach erklärten, nicht hineingehen zu wollen, wenn nicht die alten Arbeiter mit ihnen zurückkehren.

Eine Weisung, wie zur Arbeit zurückgekehrt werden sollte, war nicht gegeben. Wer aber annahm, dass am Dienstag früh die Arbeiter in Massen vor dem Fabrikthor stehen und um Arbeit bitten würden, täuschte sich. Nur wenige hatten sich eingefunden, denen von den Obleuten gesagt wurde, dass sie zunächst im Kontrolllokal sich sammeln sollten. Von hier aus gingen die Aussperrten der kleineren Fabriken geschlossen, die der grösseren entsandten Delegationen, welche nur mitzuteilen hatten, dass beschlossen sei, die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen, zu den Kontoren der Fabrikanten. Die Antwort, die ihnen zu teil wurde, war nicht einheitlich, ein Zeichen, dass die Fabrikanten nicht Zeit gefunden hatten, sich durch Beschlüsse zu binden. Fast allgemein wurde gesagt, die Arbeiter

sollen einzeln zur Arbeit sich melden. Andererseits sagten aber die Fabrikanten, dass sie schriftlich die einzelnen Aussperrten benachrichtigen würden. An drei Stellen wurden die Arbeiter für eine spätere Zeit bestellt. Von den sich einzeln Meldenden wurden die Hilfsarbeiter zum Teil angenommen, die erst die Vorarbeiten machen müssen, ehe die Weber mit der Arbeit beginnen können. Ein Urteil darüber, wieviel der Aussperrten auf dem Pfadster bleiben, lässt sich in den ersten 8 Tagen noch nicht geben. Die Fabrikanten traten erst am Dienstag Nachmittag, nachdem die Leitung des Verbandes der sächsischen Textilindustriellen aus Chemnitz eingetroffen war, zusammen. Wie sie beschlossen, ist zur Zeit noch nicht bekannt. Was immer sie aber auch beschliessen mögen, den Zusammenhalt der Unterlegenen werden sie nicht sprengen, ihre Organisation nicht vernichten. Die Arbeiter kommen nicht als die Bittenden, von äusserster Not getrieben, denn alle, die abgewiesen werden, sie finden in der, dank der Opferfreudigkeit der deutschen Arbeiterschaft mit genügenden Mitteln ausgestatteten Organisation einen Rückhalt und die erforderliche Hilfe. Weder Mutlosigkeit noch Einbusse des Vertrauens zur guten Sache ist bei den Aussperrten zu finden. Und so werden die Crimmitschauer Unternehmer, die sich als Versuchskaninchen für die organisierten Scharfmacher Deutschlands hergaben, nicht sonderlich ihres schwer errungenen Sieges sich zu freuen haben und die Scharfmacher selbst täuschen sich, wenn sie meinen, der Arbeiterschaft wäre ein vernichtender Schlag zugefügt. Der Zehntendag für die Textilindustrie wird errungen, trotz alledem und der gewaltige Kampf in Crimmitschau war das wirksame Vorgefecht. Wollen die Unternehmer es auf die entscheidende Schlacht ankommen lassen, die Arbeiter werden zur Stelle sein.

C. Legien.

Süddeutsche Konferenz.

Die Konferenz tagte am 1., 2. und 3. Januar 1904 im Gewerkschaftshause zu Stuttgart. Anwesend sind 26 Delegierte. Vom Vorstand ist Sillier, vom Ausschuss Ries anwesend. Billmann-Nürnberg eröffnete die Konferenz am 1. Januar, nachmittags 3 $\frac{1}{2}$ Uhr im Auftrage der einberufenden Agitationskommission Nürnberg.

Dürr-Stuttgart begrüsst die Delegierten im Namen der Stuttgarter Zahlstelle und wünscht den Verhandlungen den besten Erfolg. Die Bureauwahl ergab folgendes Resultat: Billmann-Nürnberg, 1. Vorsitzender, Peek-Schwabach, 2. Vorsitzender, Werner-Stuttgart, 1. Schriftführer, Albert-Nürnberg, 2. Schriftführer. Der in No. 1 der «Graph. Presse» veröffentlichten Tagesordnung wird insoweit zugestimmt, als man beschliesst, Punkt 1 der Tagesordnung dadurch zu erledigen, dass die Situationsberichte dem Schriftführer zugesandt werden sollen.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung erhielt nunmehr das Wort der Referent Kollege Bauknecht-Stuttgart. Er führte aus, die Frage der Ausbause resp. Einführung des Unterstützungsweusens steht z. Z. überall im Vordergrund. Die Arbeitslosenunterstützung ist neben der Kranken- und Invalidenunterstützung als eine der elementarsten Unterstützungen anzusehen. Die Frage der Arbeitslosenunterstützung stand vor 2 Jahren auch auf dem Stuttgarter Gewerkschaftskongress im Vordergrund. In den grösseren Gewerkschaften ist dieselbe eingeführt worden. Die Mitgliederzahl jener Gewerkschaften hat dadurch bedeutend zugenommen. Durch die Arbeitslosenunterstützung schützen wir uns vor Lohnreduktionen. Die Arbeitslosen haben es nicht nötig, sich um jeden Preis anzubieten. Als Schutzmittel besitzen wir ferner unsere Arbeitsnachweise. Auch die Bestimmungen, vor jeder Abreise Erkundigungen einzuziehen, Verbot des Umschauhaltens, sollen dazu dienen. Der Arbeitsnachweis kommt für uns so lange nicht als wirksames Mittel in Betracht, als er nicht paritätisch ist. Auch das Verbot des Umschauhaltens lässt sich nicht strikte durchführen. Wir sind z. Z. mit 50 bis 60 Prozent organisiert, durch das strikte Verbot halten wir den Unorganisierten die Stellen offen. München stellt sich da auf einen sonderbaren Standpunkt. Es lässt jeden, der unter 24 Mk. Stellung daselbst eingeht, der Reiseunterstützung verlustig gehen. München schliesst sich da gewissermassen in einen Kranz ein. Wenn die Münchener Kollegen auch glauben, dadurch etwas errungen zu haben, so haben sie dies nur auf Kosten der übrigen Kollegen. Sie lassen sich da gewissermassen die Kastanien aus dem Feuer holen. Es ist unstatthaft, dass eine Zahlstelle die statistische Vorschrift in einer solchen Weise ausnützt. Wir sind zur praktischen Durchführung derartiger Massnahmen noch nicht genügend gerüstet.

Die jetzige Höhe unserer Arbeitslosenunterstützung ist ungenügend, hierbei kann man nicht auskommen. Nicht nur zu niedrig, sondern auch zu kurz ist unsere Arbeitslosenunterstützung. Wenn die Not am grössten ist, hört die Unterstützung auf. Als Zeichen ihrer Unzulänglichkeit muss man ebenfalls die in vielen grösseren Städten eingeführte Extrarunterstützung ansehen. Ein weiteres Beispiel finden wir in der Abrechnung des 3. Quartals 1902. In diesem sind 15041 Mk. Arbeitslosenunterstützung gezahlt worden. Bei 10 Mk. pro Woche ergibt dies 1500 Wochen. An Arbeitslosensmarken sind aber 4620 geklebt worden, das wären 23500 Mk., also ein Mehr von 8520 Mk. Redner unterbreitet nun auf Grund dieser Thatsachen

der Konferenz den Antrag, den wöchentlichen Beitrag auf 60 Pf. zu erhöhen. Bei 8000 zahlenden Mitgliedern stände uns eine Summe von 41400 Mk. zur Verfügung.

Auf Grund dieser Summe können wir unsere Unterstützungssätze in folgender Weise erhöhen:

Arbeitslosenunterstützung:

Nach Woch. Beitragsl.	Woch. Unterst.	pro Woche Mk.	insges. Mk.	bisher pr. Woche Mk.	insg. Mk.
26	4	9	36	3	9
52	8	9	72	6	9
104	8	10	80	6	9
156	9	12	108	6	12
260	10	14	140	6	12
416	12	14	168	6	12
520	13	15	195	6	12

Umzugskosten:

Nach 52 wöchentl. Beitragsl.	50 Mk.,	bisher 48 Mk.
104	60	48
156	80	60
260	100	60
416	120	60
520	150	60

Die Massregelungsunterstützung ist von $\frac{2}{3}$ des Durchschnittsverdienstes auf $\frac{1}{4}$ beziehungsweise $\frac{1}{2}$ zu erhöhen.

Nachdem der Referent noch die rechnerische Grundlage dieser Vorschläge eingehend erläuterte, bittet er die Konferenz, der Beitragserhöhung zuzustimmen.

Der Korreferent Kollege Schmidt-München führte aus, dass, wenn wir weiter nichts zu zahlen hätten als die Beiträge für unseren Verband, man wohl einer Beitragserhöhung zustimmen könne. Auf allen Linien werden den Kollegen Erhöhungen zugemutet, geht dies so fort, so stossen wir unsere Mitglieder vor den Kopf. Wenn sie die Abrechnungen verfolgen, so werden sie finden, dass eine Ausbauung unseres Unterstützungswesens auch ohne Beitragserhöhung möglich ist.

Wenn Bauknecht-Stuttgart anführt, dass wir 50 bis 60 Proz. organisiert sind, so bekommen wir die fehlenden 40 Proz. bei noch höheren Beiträgen erst recht nicht.

Wir Münchener sind keine so fürchterlichen Menschen wie B. es darstellt. Seit 1896 haben wir mit den Prinzipalen gerungen und nun können sie es uns nicht verargen, wenn wir das Errungene erhalten wollen.

Auch wenn die Unterstützungssätze noch höher gesetzt werden, wird es noch immer Kollegen geben, welche dann noch längere Zeit arbeitslos sind. Es muss mehr gespart werden. Wir müssen ökonomischer wirtschaften, wenn dies geschieht, brauchen wir keine Beitragserhöhung.

Es sprechen hierauf für eine Beitragserhöhung die Kollegen Stauffer-Nürnberg, Dünfelder-Würzburg und Dürr-Würzburg. Letzterer wandte sich des besonderen in scharfer Weise gegen die Ausführungen Schmidt's.

Gegen eine Beitragserhöhung sprachen die Kollegen Pfeifer-Nürnberg, Peek-Schwabach, Albert-Nürnberg, Görlitz-München, Lange-Offenbach, Schumann-München, Gärtner-Lahr, Schweinfurt-Karlsruhe.

Sillier führte aus, auf der Detmolder Konferenz stand man auf dem Standpunkt, dass man im Senefelder-Bund wie im Verband eine Beitragserhöhung für nötig erachtete. S. wendete sich dann besonders gegen die Ausführungen Schmidt's.

Der Antrag Bauknecht, den Beitrag um 10 Pf. zu erhöhen, wird mit 15 gegen 10 Stimmen abgelehnt. Albert-Nürnberg bringt folgenden Antrag ein: Antrag zur Generalversammlung.

Beanträge vor einer event. Einführung einer Beitragserhöhung die Stimmung unserer Mitglieder zu berücksichtigen und demnach eine Urabstimmung darüber herbeizuführen.

Dieser Antrag findet einstimmige Annahme. Zum 2. Punkt der Tagesordnung referierte Kollege Sillier folgendes:

Er halte es nicht für nötig heute auf die prinzipielle Bedeutung der Tarifgemeinschaften einzugehen. Die Meinungen haben sich bis jetzt soweit geklärt, dass es nur noch wenige sind, welche nicht auf dem Standpunkt derselben stehen.

Der letzte Gewerkschaftskongress hat sich für Tarifgemeinschaften ausgesprochen. Derselbe beschloss einstimmig den Gewerkschaften die Eingehung von Tarifgemeinschaften zu empfehlen. Man vertrat da den Standpunkt, dass, wenn eine Gewerkschaft 25 Proz. ihrer Berufsgenossen umfasse, sie für Tarifvereinbarungen reif sei. Wir sind z. Z. mit ca. 60 Proz. organisiert.

Tarifgemeinschaft bedeutet nichts anderes als einen Abschluss mit den Arbeitgebern. Jede Verhandlung mit dem Unternehmer ist ein Abschluss, ob man es Tarif oder sonstwie nennt. In allen Gewerkschaften haben wir z. Z. derartige Abschlüsse. Das statistische Amt verzeichnete im letzten Jahre 864 solcher Abschlüsse. Es sind dies Gewerkschaften, denen man Harmonisedeisei nicht nachweisen kann. Wir haben innerhalb unseres Verbandes schon eine Reihe Abschlüsse zu verzeichnen. Redner führte Leipzig, München, Hannover u. a. an. Wenn es sich um die Abmessung der Kraftprobe handelt, dann kann es auch in Form einer Tarifgemeinschaft geschehen und wir haben damit etwas Zentrales geschaffen. Früher hörte man Stimmen, welche sagten, wenn der Vorstand und der Ausschuss in dieser Frage nicht zu nachlässig gewesen wären, dann wären wir heute schon weiter. Jetzt wieder

heisst es, der Vorstand und der Ausschuss haben kein Recht, diese Frage aktuell zu machen, darüber habe die Generalversammlung zu beschließen. Vorstand und Ausschuss richten sich nur nach den Beschlüssen der Generalversammlung und bringen dieselben zur Ausführung. Bis zur nächsten Generalversammlung sind diese Beschlüsse bindend für alle.

Alle Gedanken und Wünsche unter einen Hut zu bringen ist unmöglich. Wenn die Vertreter gesprochen haben, hat sich jeder disziplinierte Arbeiter zu fügen. Nörgelt man an dem Beschlossenen herum, so sind es die Arbeitgeber, welche den Nutzen davon haben. Der Tarif ist eine Lebens- und Magenfrage für die Arbeiter, sagen sie deshalb nicht, wir sind noch nicht reif dazu. Stimmen sie einstimmig für vorliegenden Tarifentwurf. Derselbe soll im Januar d. J. bei der Unternehmerorganisation eingereicht werden.

In der Diskussion sprechen sich in längeren sachlichen Ausführungen für vorliegenden Tarifentwurf aus die Kollegen Stauffer-Nürnberg, Gärtner Lahr, Harb-Offenbach, Bartsch-Mannheim, Ehemann-Nürnberg, Hertkorn-Stuttgart, Münch-Augsburg, Stüewe-Kaufbeuren, Lange-Frankfurt, Staudinger-Göppingen und Dürr-Stuttgart. Letzterer bringt am Schlusse seiner Ausführungen folgende Resolution ein:

Die Konferenz ersucht den Hauptvorstand und den Ausschuss die Tarifvorlage als endgültig anzusehen und dieselbe an die Arbeitgeberorganisation einzureichen.

Gegen den Tarif sprechen die Kollegen Schweinfurt-Karlsruhe, Schumann-München u. Schmidt-München. Im Laufe der Debatte kommt die Münchener Streitfrage contra Hauptvorstand und Ausschuss in ausführlicher Weise zur Sprache. Kollege Ries giebt über diese Angelegenheit in längeren Ausführungen ein klares Bild.

Bauknecht-Stuttgart bringt zu dieser Angelegenheit folgende Resolution ein:

Die süddeutsche Konferenz wünscht, dass die Angelegenheit München contra Hauptvorstand und Ausschuss bis zur nächsten Generalversammlung der Öffentlichkeit vorenthalten wird.

Diese Resolution wird gegen 3 Stimmen angenommen. Der Vorsitzende bemerkt hierzu, dass diese Resolution nunmehr auch für die Münchener bindend sei. Die Abstimmung über die Resolution Dürr ergab 24 Stimmen dafür, 2 Stimmen dagegen.

Zum 3. Punkt der Tagesordnung ist von München folgende Resolution eingegangen:

Die Verwaltungen der drei Filialen Münchens sprechen sich ganz entschieden gegen die Anstellung von Lokalbeamten auf Gesamtkosten aus. Sie stellen sich vielmehr auf den Standpunkt, dass dort, wo man solche Beamte wünscht, dieselben aus lokalen Mitteln erhalten werden sollen.

Kollege Bauknecht-Stuttgart unterbreitet folgende Resolution zur Annahme:

Die süddeutsche Konferenz ist im Prinzip für weitere Anstellung von Beamten; sie verurteilt jedoch das Vorgehen der Berliner Lithographen, weil es eine Eigenmächtigkeit derselben ist und relativ die Generalversammlung und somit die gesamte deutsche Kollegenschaft bevormundet.

Kollege Stauffer-Nürnberg stellt folgenden Antrag: Die süddeutsche Konferenz stellt zur Generalversammlung den Antrag: vor Anstellung weiterer Lokalbeamten ist die Anstellung besoldeter Gauleiter in Erwägung zu ziehen.

Nachdem Kollege Ries ein ziemlich langes Rechtferigungsschreiben der Berliner Lithographen-Verwaltung verlesen, wird in die Diskussion eingetreten. In derselben ist man durchwegs gegen das eigenmächtige Vorgehen der Berliner Lithographen.

Die Resolution München wurde abgelehnt. Die Resolution Bauknecht wurde mit allen gegen 1 Stimme angenommen.

Der Antrag Stauffer wurde mit allen gegen 5 Stimmen angenommen.

Zum nächsten Punkt der Tagesordnung lagen folgende Abänderungsanträge zum Statut vor:

Zu § 22, Absatz 2: Hinter die Worte »Sitz hat einzuschalten: Mitglieder der Lokalverwaltungen können gleichzeitig dem Hauptvorstand nicht angehören.«

§ 25 folgenden neuen Absatz: »Die angestellten Beamten unterstehen der Kontrolle des Vorstandes und Ausschusses.«

§ 27, Absatz 1, hinter die Worte »durch geheime Abstimmung« folgenden Satz zu stellen: »Mitglieder der Lokalverwaltungen können gleichzeitig dem Ausschuss nicht angehören.«

§ 27, Abs. 2: »Der Ausschuss hat die Tätigkeit des Vorstandes zu überwachen und alle Beschwerden über die Beschlüsse und Verfügungen desselben zu erledigen. Beschwerden der Mitglieder über Lokalverwaltungen, sowie solcher des Vorstandes über Zahlstellen wegen mangelhafter Befolgung seiner Anordnungen, oder des Vereinsstatuts, sind gleichfalls dem Ausschuss zur Erledigung zu überweisen. Diesbezügliche Entscheidungen haben für beide Teile bindende Kraft, doch ist Berufung an die Generalversammlung zulässig. Der Ausschuss hat

alle berufstatistischen Erhebungen sowie Urabstimmungen gemeinsam mit dem Vorstand vorzunehmen.

§ 21, hinter Abs. 1 zu setzen: »9. Die Agitationsresp. Gaukommissionen.

§ 15 hinter die Worte »eine wöchentliche Unterstützung« zu setzen: »und zwar die volle Summe ihres bisher verdienten Lohnes. Diese Unterstützung wird so lange gezahlt, bis dem Mitgliede andere gleichwertige Stellung nachgewiesen ist. Zur Prüfung der Massregelung wird eine örtliche Kommission ernannt.«

Vorstehende Anträge wurden aufs eingehendste beraten und ergab die Abstimmung der einzelnen Anträge folgendes Resultat:

- § 22, Abs. 2 u. 3 einstimmig angenommen.
- § 25 gegen 3 Stimmen angenommen.
- § 27, Abs. 1 einstimmig angenommen.
- § 27, Abs. 2 mit 9 gegen 8 Stimmen angenommen.
- § 21, Abs. 1 einstimmig angenommen.
- § 15 einstimmig angenommen.

Es lagen noch 2 weitere Anträge von München vor.

1. Berichte vom Hauptvorstand und Ausschuss zur Generalversammlung müssen vier Wochen vor derselben den örtlichen Verwaltungen zur Einsicht unterbreitet werden.

2. Unterzeichnete wünschen, dass die Prozente für die einzelnen Zahlstellen erhöht werden, damit die für die Gesamtheit agitatorisch wirkenden Kräfte in den einzelnen Orten besser wie bisher für ihre Mühelistung honoriert werden.

Der erste Antrag wurde mit 11 gegen 8 Stimmen abgelehnt, der zweite Antrag mit 13 gegen 8 Stimmen angenommen.

Nachdem noch einige Delegierte über Vorkommnisse in ihren Zahlstellen berichteten, findet die Konferenz nach einem kurzen Mahnwort des Vorsitzenden, diese Verhandlungen zu Hause in objektiver Weise vorzutragen, am Sonntag, den 3. Januar 1/1 Uhr ihren Abschluss.

Zum

Heimarbeiterschutz-Kongress.

Auf dem letzten Gewerkschaftskongress in Stuttgart stand unter Punkt 4 der Tagesordnung »Die Hausindustrie«. In einer hierzu vorliegenden Resolution wurde darauf hingewiesen, welche Schäden diese Beschäftigungsart nicht allein für die darin Arbeitenden, sondern auch für die Konsumenten von in solchen Hausindustrien hergestellten Artikeln mit sich bringt. Zugleich wurde ein vollständiges Verbot der Hausindustrie gefordert. Für das Uebergangsstadium waren in der Resolution 10 Schutzgesetzmassregeln formuliert, auf deren Details wir weiter unten noch eingehen werden. Um diesen Forderungen den nötigen Nachdruck zu verleihen und die Gesamtbevölkerung auf die Gefahren der Hausindustrie aufmerksam zu machen, beauftragt der Kongress die Generalkommission, während der nächsten Reichstagsession einen allgemeinen Heimarbeiterschutz-Kongress nach Berlin einzuberufen und die Reichsregierung und einzelne Parteien des Reichstages dazu einzuladen. Die Abhaltung dieses Kongresses wurde nun für den 9., 10.—11. März 1904 festgesetzt.

Wir haben uns nun zu fragen, besteht in unserer oder den uns nahestehenden Branchen eine Hausindustrie oder Heimarbeit? Hierauf müssen wir leider, wenigstens in Bezug auf die Lithographie, mit ja antworten; und dass diese Hauslithographie schon ganz bedenkliche Schäden und Missstände gezeitigt hat, ist wohl schon zum so und so vielen Male in unserer »Graph. Presse« dargehalten worden. Natürlich konnten die Verhältnisse in der Hauslithographie auf diejenigen in den Fabrikateliers nur verschlechternd einwirken. Unsere Kollegen in den grösseren Druckstädten wissen ein Lied davon zu singen. Zu alledem hat sich noch eine andere Spezies von Hauslithographie, besonders in Leipzig und auch Berlin entwickelt, indem nämlich einzelne Lithographen selbst von grösseren Geschäften nur zu Hause beschäftigt werden. Es ist klar, dass diese Kollegen mit der Zeit die Fühlung mit ihren Berufsgenossen verlieren und insbesondere bei Preisberechnung nicht mehr den nötigen Widerstand entgegenzusetzen werden und können. Wenn auch die Zustände in der Lithographie noch nicht so schlimm wie z. B. in der Konfektionsbranche sind, so muss doch bemerkt werden, dass, wenn sich die Hauslithographie weiter so entwickelt, wie in den letzten Jahren, noch dazu unter der liebevollsten Unterstützung und Förderung von seiten der Unternehmer in der Chrombranche, wir mit Riesenschritten den berechtigten Zuständen in der Konfektionsindustrie entgegengehen. Am erfolgreichsten bekämpft man eine Krankheit im Anfangsstadium, und dass wir in der Hauslithographie eine Krankheit an unserem Berufskörper haben, zeigen uns die Symptome derselben, als da sind: Preisdruck, geringe Durchschnittslöhne bei längerer Arbeitszeit, Lehrlingszüchterei und Ausbeutung, ungenügende Licht- und Raumverhältnisse. Die auf dem Gewerkschaftskongress in der Resolution Käming niedergelegten Forderungen bieten uns nun ein Mittel zur Bekämpfung der Hauslithographie. No. 1 z. B. fordert: Ausdehnung der Arbeiterschutz- und Versicherungsgesetze auf die gesamten Heimarbeiter; No. 3 Unterstellung der gesamten Heimarbeit unter die Kontrolle durch Oewerbeinspektion; No. 4 Erlass strenger Vorschriften über Einrichtung der Arbeitsstätten in

der Heimarbeit; No. 5 Verpflichtung der Arbeitgeber und der sogenannten Zwischenmeister, eine genaue Liste der von ihnen beschäftigten Personen mit Wohnungsangabe zu führen und diese jederzeit den Beamten der Gewerbeinspektion zur Einsicht vorzulegen; No. 6 Verbot der Heimarbeit an Sonntagen und gesetzlichen Feiertagen und der Nachtarbeit; No. 7 Verbot der Heimarbeit in Häusern, in denen eine ansteckende Krankheit ausgebrochen ist; No. 9 Erlass von Schutzbestimmungen und Spezialvorschriften nach der Natur der einzelnen Zweige der Heimarbeit; No. 10 Verhängung strenger Strafen für Uebertretung der gesetzlichen Vorschriften, für deren Einhaltung Arbeitgeber und Zwischenmeister in erster Linie verantwortlich sind. Gelingt es, diesen Forderungen Gesetzeskraft zu verleihen, so dürfte wohl zu hoffen sein, mit Hilfe unserer Organisation die Hauslithographie einzudämmen oder auf ein erträgliches Mass zu beschränken. Es ist nun notwendig, dass sämtliches über die Privatlithographie vorliegendes oder noch zu sammelnde Material aus der Provinz, wie aus den Grosstädten an das Vertrauenskomitee der Lithographen in Berlin umgehend eingesandt wird, damit unser Delegierte zu dem Kongress die Ergebnisse aus diesem Material der Öffentlichkeit unterbreiten, eventuell den Behörden und der Regierung zur Unterstützung unserer Forderungen zur Verfügung stellen kann. Sollten sich bei anderen uns nahestehenden Berufen, etwa Chemigraphen, Retoucheuren ähnliche Zustände herausgebildet haben, so dürfte es sich empfehlen, etwelches Material ebenfalls an die oben erwähnte Stelle einzusenden. Hoffen wir, dass dieser Heimarbeiter-Kongress Ersparnisse für uns leistet und uns Mittel an die Hand giebt, Auswüchse und Missstände in unserem Beruf im Verein mit unserer Organisation erfolgreich zu bekämpfen. F—s.

Gewerkschaftliches.

Der Stand des wirtschaftlichen Kampfes.

Vorstehend war auch in dieser Woche der Kampf der Scharfmacher gegen die Organisationen der Arbeiter. Crmmitschau ging verloren. Selbst Scharfmacherblätter rieten den Textil-Millionären, anständig zu sein. Und? Noch jetzt holen sie Streikbrecher! Ergötzen sich an den Leiden der Tausende, die dauernd ausgesperrt bleiben. Pfui Teufel über die »Christen«! In Schlierbach stehen immer noch die Steingutarbeiter seit 20 Wochen ausgesperrt. Ebenso in Liebschwitz bei Gera die Spinner. Dort sind keine Streikbrecher. Die Töpfer haben überall die Arbeit wieder aufgenommen. Die Aussperrung ist beendet. Die Arbeiter haben ihren Verband mutvoll verteidigt. Die Glasarbeiter in Fürth erreichten durch Einigkeit, dass die Lohnabzüge aufgehoben wurden. Bei Brühl in Zeit jedoch legten sie die Arbeit nieder, weil der Meister einen Gehilfen geschlagen (!) hatte. Erst als er versprach, es nicht wieder thun zu wollen, nahm man die Arbeit wieder auf. Die Schuhmacher bei Kusche-Berlin wurden ausgesperrt. In Braunschweig fordern sie Erneuerung des Tarifs. In Stadtilm wurden ihre sämtlichen Forderungen bewilligt. Die Schneider kämpfen weiter. In Jena und Weimar auch gegen die Polizei. Die Meister gaben den Streikbrechern den Rat, die Ausgesperrten zu verprügeln!! In Lauf i. B. besorgten zwei Geistliche das Anwerben der Streikbrecher für die Töpfermeister. Das Handwerk wurde ihnen jedoch bald gelegt. Die Fleischer in Preetz sind bereits gezwungen, polizeiliche Hilfe gegen Streikbrecher anzurufen. Die Steinsetzer Breslau's kämpfen gegen einen verschlechterten Tarif. Barbieri daselbst, die die Feiertagsruhe forderten, wurden Sozialisten und Anarchisten geschimpft. Die Buchbinder erreichten in Düsseldorf, Hannover und Bonndorf einige Lohnerhöhungen. Die Zimmerer bei Becker-M.-Gladbach streiken, weil man sie zwingen wollte, an ihrer Organisation zum Verräther zu werden. Ebenso sind die Brauer der Stadtbrauerei Glauchau wegen ihrer Verbandsangehörigkeit gemassregelt. Die Bureau-Angestellten der Rechtsanwälte in Berlin schufen sich eine grosse Organisation und forderten Lohnerhöhung, Arbeitszeit-Verkürzung, Regelung des Lehrlingswesens, 14 Tage Ferien u. s. w. Bravo! Zeit würde es auch gerade. In Leipzig sollen die Schneider ebenfalls ausgesperrt werden. Die Fleischer in Hamburg erhielten bereits bei 190 Meistern die Forderungen bewilligt. In Oberhausen steht ein Streik der Bergarbeiter in Aussicht, weil die Schicht-Verlängerung und Abzüge überhandnehmen.

Berichtigung.

Unter heutigem Datum, 26. Januar 1904 ging uns folgende pressgesetzliche Berichtigung zu: »Im Namen und Auftrage des Herrn Fabrikanten Franz Fettback in Hannover ersuchen wir Sie auf Grund des § 11 des Pressgesetzes, gestützt auf die anliegende Vollmacht, in die nächste Nummer der »Graph. Presse« folgende Berichtigung aufzunehmen. In der Beilage zu No. 4 der »Graph. Presse« vom 22. Januar 1904 ist unter dem Titel »Brief aus Hannover« ein Artikel veröffentlicht, der sich gegen Herrn Fettback richtet. Es ist darin unter anderen die Behauptung aufgestellt, Herr Fettback habe zu Gunsten seines Faktors, des Herrn Inderau, ein »moralisches« Auge zugezückt, als im vorigen Jahre eine Kommission Herrn Fettback Vorstellungen

über das Verhalten des Herrn Inderau gemacht habe.

Man lässt in dem Artikel durchblicken, dass die Vorstellung sich auf das Verhalten des Herrn Inderau zu den Arbeiterinnen der Fabrik bezogen habe.

Die Behauptung, dass Herr Fettback anlässlich dieses Vorfalles nicht gegen Herrn Inderau eingeschritten sei, ist unrichtig. Herr Fettback hat damals sofort eine Untersuchung der ihm mitgeteilten Vorfälle anstellen lassen und alle nötigen Massnahmen in dieser Angelegenheit ergriffen.

Ferner ist die Behauptung aufgestellt, Herr Fettback habe gesagt: »Bei einem Mann, der so schreibt und spricht für die Arbeiter wie ich, müssen sie auch einmal ein Auge zudrücken.«

Herr Fettback hat niemals diese oder eine ähnliche Aeusserung gethan.

Ferner ist behauptet, dass die Arbeiter eine Rede des Herrn Fettback nur mit verächtlichen Bemerkungen angehört hätten. Auch dies ist unwahr. Die Rede des Herrn Fettback, auf die sich diese Behauptung bezieht, ist von den Arbeitern stillschweigend ohne jede Zwischenbemerkung angehört worden.

Hochachtungsvoll

Dr. A. Stehmann, O. Kleinrath II, Dr. P. Mayer IV. Rechtsanwälte.
Dr. Paul Mayer
Rechtsanwalt.

Berichtigung.

»Nürnberg, den 22. Januar 1904. Die Inhaber der Firma Ritter & Klöden schreiben uns: In Nummer 4 vom 22. Januar Ihres werten Blattes, »Die Graphische Presse« ist eine Notiz über unsere Firma enthalten, die auf vollständig unrichtiger Berichterstattung beruht, wir teilen Ihnen deshalb heute Nachstehendes zur Richtigstellung mit.

In unserer Lichtdruck-Anstalt sind nur 3 Lichtdruck-Maschinenmeister nach einander entlassen worden und zwar nicht in der Zeit von 7 Wochen, sondern innerhalb zirka 16 Wochen. Der erste wegen leichtsinniger Arbeitsleistung, der zweite und dritte deswegen, weil beide ihre Versprechungen, selbstständige Maschinenmeister zu sein, auch nicht im Entferntesten erfüllen konnten; jedem Maschinenmeister ist ordnungsgemäss gekündigt worden und haben wir dem letzten davon sogar ohne jede Veranlassung unsererseits das Reisegeld mit 19 Mk. vergütet.

Es wäre uns nichts lieber gewesen, als wenn der erste Maschinenmeister schon seine Schuldigkeit gethan hätte, denn dann wäre uns ein enormer Schaden erspart geblieben.

Wenn Jemand Interesse daran hat, sich die Beweise für Vorstehendes bei uns zu verschaffen, so stehen wir gerne damit zu Diensten.

Wir ersuchen Sie den heutigen Artikel in No. 4 Ihres werten Blattes unter Berücksichtigung des Vorstehendes richtig zu stellen und zeichnen

Hochachtend
Ritter & Klöden.

Korrespondenzen.

Korrespondenzen ohne Beidruck des Stempels der Zahlstelle oder Filiale finden keine Aufnahme.)

Detmold. Am 9. Januar 1904 fand vom Verein der Lithogr. und Steindr., Zahlstelle Detmold, im Vereinslokal »Hotel zum Hermanns«, Generalversammlung statt. Anwesend waren 28 Mitglieder. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung um 9 Uhr abends. Auf der Tagesordnung stand: 1. Protokoll; 2. Bericht der Delegierten vom Gautag in Detmold; 3. Vorstandswahl; 4. Verschiedenes. Nach Verlesung und Annahme des Protokolls kam man zum 2. Punkt. Die Delegierten hiesiger Zahlstelle gaben einen kurzen Bericht vom Gautag und, da ein solcher vom Gauvorstand am 11. Dezember 1903 in No 50 der »Graph. Presse« unter Hannover schon veröffentlicht worden ist, so halten wir es für unnötig, nochmals den Raum der »Graph. Presse«, für diesen Punkt in Anspruch zu nehmen. Hierauf wurde der Punkt zur Diskussion gestellt und folgende Resolution angenommen:

»Die Mitglieder der Zahlstelle Detmold sind mit den Beschlüssen des Gautages einverstanden, erklären sich aber gegen eine Beitragerhöhung.« Nachdem der Vorsitzende zu Punkt 3 einen kleinen Jahresbericht erstattet hatte, schloss er mit der Ermahnung, den neuen Vorstand nach bester Ueberzeugung zu wählen. Nun ging man zur eigentlichen Wahl über und wurde der alte Vorstand ausser den Vorsitzenden wiedergewählt, der bisherige Vorsitzende lehnte aus familiären Krankheitsverhältnissen eine Wiederwahl ab und, an dessen Stelle Kollege Schüssler trat. Unter Punkt 4 Verschiedenes gab unser Kartelldelegierter einen Kassen- und Versammlungsbericht des Kartells und wurden dazu zwei Neudelegierte gewählt. Mit einer Ermahnung unseres neuen Vorsitzenden an die Mitglieder, um thatkräftiges Mitarbeiten, schloss die Versammlung um 12 Uhr abends. D.

Leipzig. Wichtig für Leipzig's Lichtdrucker u. s. w. Hiermit allen Kollegen zur Kenntnissnahme, dass am ersten Freitag eines jeden Monats unsere Versammlungen in »Stadt Hannover« Seeburgstr. No. 21 stattfinden. Um zahlreiches Erscheinen ersucht das Agitationskomitee.

Adressen-Aenderungen.

Alle Adressenänderungen wolle man behufs Veröffentlichung nur an den Vorsitzenden Otto Sillier senden.

- Detmold: Bev. H. Schlüssler, Werrestr. 6.
- Gera: Bev. W. Helling, Gr. Kirchgasse 15II.
- Glogau: Bev. A. Gundtke, Gr. Oderstr. 20III.
- Halle: Bev. H. Albrecht, Lindenstr. 53.
- Kiel: Bev. G. Sonneberg, Altenstr. 25III. R.-U.
- C. Werner, Mühlhussstr. 3p r.
- Köln: Bev. L. Lennartz, Krefelderwall 16IV.
- München: Sldr. Verkehrsrl. Restaur. »Ludwigs-vorstadt«, Landwehrstr. 48.
- Nürnberg: Sldr. Bev. A. Stingl, Hintere Landauer-gasse 6I. Verkehrsrl. M. Beheim, Theresienplatz.
- Schweidnitz: Vertr. O. Heinze, Croisichstr. 911 von 12—1 und 6',—8 Uhr.
- Trier: Bev. W. Bär, Brückenstr. 89II.

Agitationskommissionen.

Nürnberg: G. Stauffer, Hummelsteinerweg 16.

Briefkasten der Redaktion.

Wegen Raumangel zurückgestellte Korrespondenzen: Dresden II, Leipzig IV, Hannover S.-B., Freiburg S.-B., Berlin II und III, Leipzig III, Hof-Göhlenau.

Anzeigen.

Berlin, Lithographen-Filiale III. Vertrauensmännersitzung

Mittwoch, den 3. Februar, abends pünktlich 1/8 Uhr im »Dresdener Garten«, Dresdenerstr. 45.

Tages-Ordnung: 1. Abrechnung und Ablieferung der Sammelisten und Urabstimmungslisten. 2. Zur Tarifrage. 3. Ausgabe der Billets zum Stiftungsfest.

Alle Geschäfte müssen vertreten sein.

Die Einzelmitglieder wollen, sofern sie keine Liste zur Urabstimmung bekamen, im Bureau Ihre Namen bis spätestens Sonnabend, d. 6. Februar abgeben. Das Resultat soll in der Februar-Versammlung, am 10. Februar bekannt gegeben werden.

I. A. der Verwaltung, B. Dübelt.

„BRILLANT“

auf ganz neuer Grundlage hergestelltes Umdruckpapier

grün, immerfeucht, rollt nicht, bleibt dauernd feucht, giebt original-scharfe Um-drücke, die Abdrücke erhalten sich bis zu 2 Wochen abzugsfähig!

[150]

Durch Fachgeschäfte zu beziehen!

Der praktische
STEINDRUCKER
an der
HAND-SCHNELLPRESSE

Anteilung und Rathschläge zur Erlernung und praktischen Ausübung der
STEINDRUCKEREI
von
Chr. Heinrich Gerber
Steindruckermeister
Nürnberg.

Zu beziehen zu 3 Mk. per Postanweisung

von Chr. Heinrich Gerber, Nürnberg.

(Alle Rechte vorbehalten.)

Wichtige Werke für Steindrucker.

Das Gesamtgebiet des Ueberdruckes. Von Oskar Meta. Ein praktisches Lehrbuch für jeden Steindrucker. M. 3.—. Namentlich jenen empfohlen, welche sich als Ueberdrucker ausbilden wollen. Der Steindrucker an der Handpresse. Von Lorenz Müller. Mit einer Chromolithographie in 14 Farben nebst Kontur- und Farbplatte. Mk. 4.—.

Der Steindrucker an der Schnellpresse. Von Oskar Meta. Ein nützliches Lehrbuch für jeden Steindrucker. Mk. 2.—.

Technische Aufsätze I. Steindrucker. Von Oskar Meta. Mk. 4.—.

Freie Künste. Illustriertes Fachblatt für Lithographie und Steindrucker. Mit der Beilage »Graphische Musterblätter«. Für Vereinsmitglieder, deren Bestellung einen Vereinsstempel trägt, ganzjährig Mk. 7.50. Probenummern gratis. — Zu beziehen durch die Verlagshandlung von

Jos. Heim, Wien IV und durch alle Buchhandlungen.

Nachruf!

Am Dienstag, den 19. Januar verstarb unser Mitglied, der Retoucheur

Philipp Pracht.

Ehre seinem Andenken!

Berlin, Filiale II, Chemigraphen.

Der heutigen Nummer der »Graph. Presse« liegt die »Graph. Rundschau« No. 2 bei.